

Oberhauser, Alois

Article — Digitized Version

Warum zurück? Eine Erwiderung auf die Replik von Hüther und Wolff

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Oberhauser, Alois (1994) : Warum zurück? Eine Erwiderung auf die Replik von Hüther und Wolff, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 4, pp. 206-207

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137117>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ken für ihre Geschäftsaussichten im Jahre 1994, daß die Konsolidierungsmaßnahmen nicht im erforderlichen Maß vorgenommen, die Staatsverschuldung weiter steigen und die Pläne für Steuerentlastungen erneut aufgeschoben werden. Ein aktives Gegensteuern der Finanzpolitik mittels erhöhter Nettokreditaufnahme hat angesichts dieser Voraussetzungen in dem Bestreben, die Nachfrageschwäche zu bekämpfen, keine Aussicht auf Erfolg. Die Möglichkeiten dieser Politik wurden im Vorfeld der Rezession verspielt, als die Konsolidierung – vor allem qualitativ – trotz guter Konjunktur nicht ernsthaft genug betrieben wurde.

Konsolidierung in der Rezession, genauer: in dieser Rezession, hat nichts mit Brüning'scher Politik zu tun, die auch auf konjunkturbedingte Haushaltsfehlbeträge mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen reagierte. Der Vorwurf, der Sachverständigenrat befürworte eine

Parallelpolitik, ist unbegründet; die planmäßige, nicht abrupte Rückführung struktureller Defizite hat damit nichts gemein. So gilt: Der Sachverständigenrat will nicht zurück in die 30er Jahre. Er will freilich auch nicht die Politik der 70er Jahre wiederholt sehen, als getragen durch einen naiven Glauben an die Kompetenz der Staates eine Politik des „deficit spending“ betrieben wurde, die zunehmend wirkungslos war, obgleich sie dauerhaft zu hohen Defiziten geführt hatte: „Die Wirtschaft hat(te) sich an sie gewöhnt, jedoch wie ein schleichendes Gift, hat(te) sie absorbiert, ohne mit dauerhaft erhöhter Produktion und Beschäftigung zu reagieren. Krank geworden, zeigt(e) die Wirtschaft nun in der Verunsicherung angesichts der rasanten Erhöhung der Staatsschuld möglicherweise sogar kontraproduktive Wirkungen an.“⁹

⁹ Sachverständigenrat: Sondergutachten 1982, Ziffer 58.

Alois Oberhauser

Warum zurück?

Eine Erwiderung auf die Replik von Hüther und Wolff

Schon um die Antwort von Hüther und Wolff hervorzulocken, hat sich mein Aufsatz gelohnt. Von den beiden Verfassern wird nicht nur die Konzeption des Sachverständigenrats zu den Konsolidierungserfordernissen klarer als in seinem Gutachten dargelegt, sondern vor allem werden auch die Schwächen dieser Konzeption deutlicher.

Die Verfasser haben Recht, daß man ein antizyklisches Defizit nicht von den konjunkturbedingten und strukturellen Defiziten unterscheiden muß, wenn man antizyklische Politik für völlig abwegig hält. Fatal ist jedoch, daß eine Konsolidierungsrechnung aufgemacht wird, ohne „den Anspruch einer Wirkungsanalyse“. Es wird eine Konsolidierung der strukturellen Defizite mitten in der Rezession verlangt, ohne zu sehen, daß damit konjunkturbedingte Defizite in entsprechendem Umfang nicht hingenommen werden. Insoweit und nur insoweit

schlägt der Sachverständigenrat eine Parallelpolitik vor. Auf diesen zentralen Einwand gehen die Verfasser letztlich nicht ein.

Kein Dissens besteht, daß die staatliche Neuverschuldung bei Verbesserung der konjunkturellen Situation abgebaut werden muß. Unstrittig ist auch, daß die erforderlichen Maßnahmen schon jetzt geplant werden müssen, weil die Politiker nur unter dem Druck leerer Kassen dazu bereit sind. Davon sind jedoch zwei Aspekte zu unterscheiden:

- Trägt eine Konsolidierungspolitik mitten in der Rezession zu deren Überwindung bei oder verschärft sie diese?
- Unter welchen Voraussetzungen würde eine antizyklische expansive Nachfragepolitik – finanziert durch eine anfängliche Erhöhung der Staatsverschuldung – zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation und sogar zu einer Konsolidierung des Staatshaushaltes beitragen?

Prof. Dr. Alois Oberhauser, 64, ist Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.

Die aktuellen Konsolidierungserfordernisse rechtfertigt der Sachverständigenrat mit der Befürchtung, daß andernfalls eine Verunsicherung eintrete, die auf ein erwartungsbedingtes Crowding-out hinauslaufe. Zutreffend ist,

daß Erwartungen für die Wirtschaftssubjekte und insbesondere für die Investoren eine große Rolle spielen. Die Erwartungen hängen jedoch von vielen Faktoren und keineswegs primär von der Staatsverschuldung ab. Hauptsächlich werden sie durch die Entwicklung der Nachfrage auf den jeweiligen Märkten, das heißt durch die gegenwärtige Auslastung der Kapazitäten und die erwartete zukünftige Auslastung bestimmt. Konsolidierungspolitik im Sinne des Sachverständigenrats ist aber stets mit einer Nachfrageeinschränkung beim Staat oder den Steuerzahlern verbunden. Daß eine so anonyme Globalgröße wie die Staatsverschuldung, über deren konkrete Höhe und wirtschaftliche Bedeutung nur wenige Wirtschaftssubjekte zulängliche Vorstellungen haben, sich stärker auswirkt als die negativen Nachfragewirkungen, ist schwer einzusehen. Auch hier zeigt sich wieder, daß der Sachverständigenrat bei seinen wirtschaftspolitischen Vorschlägen im Gegensatz zu seiner Situationsanalyse auf dem „Nachfrageauge“ blind ist.

Die nur teilweise positiven Erfahrungen mit expansiver Finanzpolitik in den 70er und 80er Jahren veranlassen

den Sachverständigenrat offensichtlich, eine antizyklische Politik erst gar nicht in Erwägung zu ziehen. Eigentlich entspräche es jedoch seinem Auftrag aufzuzeigen, unter welchen Voraussetzungen eine solche Politik erfolgreich wäre und ob diese Voraussetzungen geschaffen werden könnten. Statt dessen wird jegliche antizyklische Nachfragepolitik von vornherein abgelehnt. Die Verfasser mögen sich dadurch bestätigt fühlen, daß die Mehrheit der Nationalökonomien heute ihrer Ansicht ist. Die Mehrheit vertrat diese Auffassung aber auch in den 30er Jahren. Zugestanden, die notwendigen Voraussetzungen lassen sich nicht leicht realisieren. Sie könnten jedoch unter Umständen durch einen Stabilitätspakt zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates, den Tarifpartnern und der Bundesbank geschaffen werden. Wird von vornherein aufgrund negativer Erfahrungen in den 70er Jahren nicht einmal der Versuch unternommen, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, so müssen die hohen sozialen Kosten der Unterauslastung des Produktionspotentials und der höchsten Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise hingenommen werden – eine deprimierende Schlußfolgerung.

Markus Spiwoks

Bestimmungsgründe der Kapitalmarktzensentwicklung in der BR Deutschland von 1973 bis 1989

Eine theoretische und empirische Untersuchung

Zinsprognosemodelle sind mehr denn je gefragt. Von der richtigen Antizipation der zukünftigen Zinsentwicklung hängt der Erfolg im Börsengeschäft und in der Kreditwirtschaft aber zunehmend auch in der Wirtschaftspolitik ab. Eine rationale Zinsprognose setzt allerdings die Kenntnis der Faktoren, die die Zinsentwicklung bestimmen, sowie die Art ihres Einflusses voraus.

In dieser Monographie wird ein ökonometrisches Modell vorgestellt, das die bundesdeutsche Zinsentwicklung im Zeitraum von 1973 bis 1989, also von der Freigabe des DM-US\$-Wechselkurses bis zur deutschen Vereinigung, zu rund 97 Prozent erklärt. Es zeigt sich, daß der Kapitalmarktzens weitgehend durch das US-amerikanische Zinsniveau und durch die Leitzinspolitik der Bundesbank bestimmt wird, während beispielsweise die Inflationsrate oder die Geldmenge keinen signifikanten Einfluß auf das Zinsniveau aufweisen.

In der Untersuchung wird einerseits auf höchste wissenschaftliche Exaktheit geachtet (z.B. durch Verwendung anspruchsvoller statistischer Prüfverfahren), andererseits auf die praktische Verwertbarkeit der Ergebnisse großen Wert gelegt.

1993, 112 S., brosch., 38,- DM, 268,- öS, 34,50 sFr, ISBN 3-7890-2975-0
(Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 35)



NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT
Postfach 610 • 76484 Baden-Baden

